

## Unsere Arbeit braucht Ihre Unterstützung!

Die *Kampagne für Saubere Kleidung* ist in 15 europäischen Ländern vertreten und mit 250 Organisationen weltweit vernetzt. Sie unterstützt seit mehr als 20 Jahren die Kämpfe von Textilarbeiter\_innen in Ländern wie Bangladesch, Pakistan, Kambodscha, Indonesien, Türkei oder Indien.

### **Kampagne für Saubere Kleidung Eilaktionen – INKOTA-netzwerk e.V.**

Tel.: 030 420 820 252

[www.saubere-kleidung.de](http://www.saubere-kleidung.de) · [banse@inkota.de](mailto:banse@inkota.de)



INKOTA-netzwerk e. V. KD-Bank

IBAN: DE06 3506 0190 1555 0000 10 – BIC: GENODED1DKD

Stichwort CCC

---

Die Partner der Hilfs- und Menschenrechtsorganisation *medico international* in Pakistan und Bangladesch engagieren sich in der medizinischen Betreuung der Überlebenden von Katastrophen. In enger Zusammenarbeit mit *medico* setzen sie sich für die Entschädigung der Opfer und Hinterbliebenen ein. Sie kämpfen für Arbeitsgesundheit, für gerechte Löhne und das Recht auf freie gewerkschaftliche Betätigung.

### **medico international**

*Gesundheit. Menschenrechte. Nothilfe*

Burgstraße 106 – 60389 Frankfurt

Tel. 069 944 380

[www.medico.de](http://www.medico.de)



**medico international**

Spendenkonto: Frankfurter Sparkasse

BLZ 50050201 – Kto.Nr.: 1800

IBAN: DE21 5005 0201 0000 0018 00 – BIC: HELADEF1822

**COOL, ABER**

**TÖD LICH**

# Für das große Geschäft mit billiger Kleidung zahlen Tausende Arbeiter\_innen mit ihrem Leben

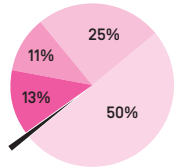
Seit 2012 gab es in Südasien über 1500 Tote in Textilfabriken. Allein bei dem Einsturz einer Textilfabrik in Savar, Bangladesch, starben über 1000 Menschen. Die meisten von ihnen waren Näher\_innen für europäische Auftraggeber, darunter der deutsche Textildiscounter NKD. Die Opfer wurden zerquetscht oder durch herabstürzenden Schutt erschlagen. Ähnliche Katastrophen können sich jeden Tag in anderen Textilfabriken ereignen, auch in anderen Ländern Südasiens. Der Tod ist Teil der Geschäftsbilanzen, ebenso wie die unerträglichen Arbeitsbedingungen, die systematische Missachtung des Arbeitsrechts und die brutale Gewalt gegen Gewerkschafter\_innen.

Die Auftraggeber sind uns wohl bekannt. Handelsunternehmen wie NKD, Primark, KiK, Mango, Adidas und North Face treiben die Produzenten in Bangladesch, Kambodscha, China oder Pakistan in einen Unterbietungswettbewerb, den Millionen Beschäftigte in den Textilfabriken mit ihrer Gesundheit und ihrem Leben bezahlen. Internationales und nationales Arbeitsrecht werden schlicht ignoriert.

In den Textilfabriken schufteten die Beschäftigten, von denen nur die wenigsten einen Vertrag haben, pro Schicht bis zu 14 Stunden, sie haben kaum freie Tage, ihre Überstunden werden nur zum Teil bezahlt. Sie erhalten für ihre harte Arbeit meist nur den gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlohn, der jedoch z. B. in einem Land wie Bangladesch mit 30 Euro im Monat so niedrig ist, dass er kaum zum Überleben reicht.

Für die Auftraggeber aus der EU rechnet sich das in der Kostenkalkulation jedes einzelnen T-Shirts:

Produktionskosten der Fabrik	13%
Transport und Steuern	11%
Markenwerbung	25%
Einzelhandelskosten und Gewinn	50%
<b>Lohnkosten</b>	<b>1%</b>



Damit das so bleibt, üben die europäischen Textilfirmen enormen Druck auf die Hersteller aus. Sie nutzen ihre gewaltige Einkaufsmacht, um ihre Lieferanten im Süden zu zwingen, immer schneller, immer billiger und immer flexibler zu produzieren. Sie diktierten den Lieferanten die Preise, die den Druck dann an ihre Beschäftigten weitergeben, um im Geschäft zu bleiben.

## **Gemeinsam fordern die Kampagne für Saubere Kleidung und die Hilfs- und Menschenrechtsorganisation medico international:**

1. **Transparente und angemessene Entschädigungen** bei Unfällen für die Opfer und deren Familien
2. **Strukturelle Verbesserungen** für die Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz
3. **Verpflichtung der Unternehmen** zur Wahrung der Menschenrechte und zum Schutz der Umwelt
4. **Offenlegungs- und Haftungspflicht** für Unternehmen
5. **Etablierung effektiver Rechtsmittel** und Beschwerdemechanismen in der deutschen und Europäischen Gesetzgebung, damit Firmen, die von Billiglöhnen und miserablen Arbeitsbedingungen profitieren, juristisch zur Rechenschaft gezogen werden können.